Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼ jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼ jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

[illegible]

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 10 Halle a. S., Donnerstag den 13. Januar 1898 9. Jahrg.

Wie man die Sozialdemokratie „bekämpft“.

Davon legte eine dieser Tage in Hirschberg in Schlesien stattgefundene Gerichtsverhandlung ein charakteristisches Zeugnis ab, die so recht beweist, wie man keine Mittel scheut, um Arbeitgeber, die noch halbwegs loyal gesinnt sind und sich nicht um die politische Gesinnung ihrer Arbeiter kümmern, zu zwingen, sozialdemokratische Arbeiter zu entlassen.

„Angeklagt ist der Mühlenwerkführer Gustav Weinert in Wernersdorf im Kreise Bolkenhain. Er ist beschuldigt, den **Gendarm Fiebig** wissentlich falsch eines Meineides beschuldigt und beleidigt zu haben, sowie versucht zu haben, die Gendarmerie-Brigade durch Drohung zu einer Amtshandlung zu nötigen. (Vergehen gegen § 114 D. Str.-G.-B.) Weinert war seit Beginn vorigen Jahres in der Mühle zu Wernersdorf thätig. Seine Herrin schätzte ihn als **tüchtigen, pflichtgetreuen Arbeiter** hoch. Als nun eines Tages bekannt wurde, daß Weinert Sozialdemokrat sei und auch früher im Görlitz-Laubaner Wahlkreise eifrig agitiert habe, kam der Gendarm Fiebig **im höheren Auftrage** zur Dienstherrin des Angeklagten und stellte an diese das Ansinnen, **den Werkführer zu entlassen**, damit der Kreis nicht verseucht werde. Bisher seien die Sozialdemokraten ja glücklicherweise vom Kreise fern gehalten worden. Die Besitzerin der Mühle **weigerte sich jedoch**, diesem auffälligen Ansinnen Folge zu leisten. Nunmehr bemühte sich der **Amtsvorsteher**, und als auch dessen Mühen fruchtlos blieben, sogar der Herr **Landrat** höchst eigenhändig. Er schrieb an die Besitzerin einen Brief, in dem er sie **um Entlassung des Werkführers ersuchte** und sie darauf hinwies, daß ihre Familie doch stets gut patriotisch gesonnen gewesen ist. Die Dame blieb jedoch fest. Die politische Gesinnung ihres Werkführers war ihr gleichgiltig. Als Arbeiter leiste er jedoch das Beste. Auffallenderweise häuften sich von diesem Tage an die Anzeigen gegen die Bewohner der Mühle wegen Uebertretungen mancherlei Art. Die also Betroffenen glaubten Grund zu haben, daß die Anzeigen auf persönliche Feindschaft zurückzuführen seien. In mehreren Fällen waren die mit Strafmandaten Bedachten **vom Gericht freigesprochen worden.** In einer Gerichtssitzung wurde der Gendarm sogar von dem Gerichtsvorsitzenden ... in Zukunft mit Weinert ein besseres Einvernehmen ...

Am 12. und 18. Oktober schrieb nun Weinert an die Gendarmeriebrigade, daß der mehrfach genannte Gendarm Fiebig gegen ihn und seine Arbeitsleute wissentlich falsche Anzeige erstattet und vor Gericht Unwahres ausgesagt habe. Ferner drohte er in dem Schreiben, daß, falls Fiebig nicht in einen anderen Bezirk versetzt werde, er weitere Schritte unternehmen und die Sache an die Oeffentlichkeit bringen wollte. Wegen dieses Schreibens hat sich Weinert zu verantworten. Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt eine falsche Anschuldigung wider besseres Wissen nicht für erwiesen. Doch habe Weinert dem **Beamten in frivoler Weise** den Vorwurf des Meineides gemacht. Desgleichen sei das Vergehen nach § 114 erwiesen. Er beantrage deshalb **5 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust.** Der Verteidiger, Herr R.-A. Heilborn, hob hervor, daß Weinert höchstens formell gefehlt habe, doch habe er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, da ihn der Gendarm Fiebig und dessen Vorgesetzter aus seiner sicheren Stellung verdrängen wollten. Er habe in dem guten Glauben gehandelt, daß der Gendarm thatsächlich, sei es auch aus Irrtum, etwas Unrichtiges beeidigt habe. Deshalb bitte er für seinen Klienten um Freisprechung, event. um die geringste Strafe wegen Nötigung. Der Gerichtshof gewinnt ebenfalls nicht die Ueberzeugung, daß der Angeklagte wider besseres Wissen gehandelt habe, noch daß er sich überhaupt einer Beleidigung schuldig gemacht habe. Dagegen hält der Gerichtshof die Nötigung nach § 114 für erwiesen, billigt dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu, da er durch das Vorgehen des Gendarmen **sehr gereizt** gewesen ist. Das Urteil lautete auf 14 Tage Gefängnis.

Dieses Urteil spricht für sich selbst. Gendarm, Amtsvorsteher und Landrat bemühen sich mit vereinten Kräften, die Arbeitgeberin des Mühlenwerkführers Weinert zu bewegen, den Sozialdemokraten Weinert zu entlassen. Nachdem den Organen „für Ordnung und Sitte“ es nicht gelingt, dies durchzusetzen, suchen sie ihren Zweck mit allerlei kleinlichen Chikanierungen zu erreichen. Als darauf dem Werkführer deswegen endlich einmal die Galle überläuft und er seine Beschwerden gegen den Gendarm vorbringt, wird er mit 14 Tagen Gefängnis bestraft, nachdem ihn der Staatsanwalt mit **5 Monaten** verknackt wissen wollte.

Und mit solchen Mitteln sucht man uns Abbruch zu thun. Oder glaubt man wirklich, daß deswegen die Gegend um Hirschberg weniger mit sozialistischen Ideen „durchseucht“ wird? Hofft man, daß derjenige Arbeiter, der auf Drängen der Polizeibehörde hin lediglich deshalb entlassen wird, weil er zwar ein fleißiger und tüchtiger Arbeiter ist, aber einer der Regierung unbequemen Partei angehört, dann umgewandelt werde in einen königstreuen und zufriedenen Staatsbürger? Das gerade Gegenteil tritt naturgemäß ein. Dergestalt sind die „geistigen“ Waffen unserer Gegner beschaffen: **Den Arbeiter brot- und existenzlos zu machen und ihn wie ein gehetztes Wild von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte zu jagen.**

Haben sich denn die staatlichen und polizeilichen Organe, wie Landrat, Amtsvorsteher und Gendarm nicht der Worte erinnert, die einstmals in Bielefeld aus kaiserlichem Munde fielen: „**Schwerste Strafe demjenigen, der einen meiner Unterthanen stören will, von seiner Arbeitskraft nach seiner Wahl Gebrauch zu machen.**“

Doch nur so weiter! Einen besseren Agitationsstoff kann man uns für die Reichstagswahlen gar nicht bieten, als derartige Vorkommnisse, wie es der angedeutete Fall ist.

Selbst Blätter, wie die demokratische Berl. Volksztg., geben ihrer lebhaften Entrüstung Ausdruck. Sie schreibt:

„Ist es die Aufgabe der Polizei- und Verwaltungsorgane, einen preußischen Staatsangehörigen, der in Fleiß und Tüchtigkeit seinem Erwerbe nachgeht, brotlos zu machen, weil er einer politisch unbequemen Parteirichtung angehört? Ist nicht das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie längst aufgehoben? Und selbst wenn es noch bestünde, giebt es irgend ein Recht, mit dem ein Arbeitgeber veranlaßt werden kann, einen Sozialdemokraten aus seinem Hause zu jagen? Glaubt man in der That, daß durch die in der Gerichtsverhandlung zu Tage geförderten Thatsachen, durch die Maßnahmen des Gendarmen, des Amtsvorstehers und des Landrats dem Staate gedient, dem Ansehen des Staates und der staatlichen Autorität genützt wird?

Ist es nicht sonnenklar, daß, wenn der Werkführer gemäß dem Drängen der Polizeiorgane wirklich auf das Pflaster geworfen worden wäre, dann erst recht der Boden für die sozialdemokratische Organisation in dem angeblich bisher noch nicht „verseuchten“ Kreise vorbereitet worden wäre. Abgesehen davon, daß dies durch das bloße Bekanntwerden des behördlichen Versuchs, auch wenn er gescheitert ist, bereits in einem Maße geschieht, daß die Sozialdemokratie ihre Freude darüber haben wird?“

Die Volksztg. fordert schließlich von dem freis. Abgeordneten **Hermes**, der diesen Kreis, zu dem Hirschberg gehört, im preußischen Landtage vertritt, daß er eine Interpellation des Inhalts einbringe, daß solchen Fällen seitens der Regierung in Zukunft vorgebeugt werde.

Wir haben zwar nichts gegen die Einbringung einer derartigen Interpellation, aber bei der bekannten Zusammensetzung des preußischen Landtages wird bei einer Besprechung derselben nicht viel herauskommen.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 11. Januar.

Am Bundesratstische: Nieberding.

Präs. v. Buol eröffnet die Sitzung nach 2¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzes betr. die Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, sowie eines Gesetzes, betr. die Aenderungen der Zivilprozeßordnung.

Staatssekretär Nieberding: Die vorliegende Vorlage ist von der allergrößten Wichtigkeit. Sie umfaßt drei Materien. Der erste Entwurf, betr. das Gerichtsverfassungsgesetz, umfaßt zum Teil auch die Aenderungen, die als einfache Konsequenzen durch unser neues Recht, das Bürgerliche Gesetzbuch, nötig geworden sind. Diese beziehen sich auf die Eheprozesse, auf die Rechtsverhältnisse von Eltern und Kindern und auf die Zwangsvollstreckung und sind meist sehr unerheblich. Wichtiger sind die Aenderungen, deren Notwendigkeit sich aus den Bedürfnissen der gerichtlichen Praxis ergeben hat. Ich beschränke mich darauf, Ihnen die leitenden Gesichtspunkte darzulegen. Zuerst war es nötig, unsern Zivilprozeß zu vereinfachen, den allzu großen Formalismus zu beschneiden. Dann galt es, eine Erleichterung der Verfolgung der Rechtsansprüche im amtsgerichtlichen Verfahren herbei zu führen, besonders auch die Stellung der Rechtsbeistände, die sich in der Praxis des Lebens neben der Rechtsanwaltschaft als notwendig gezeigt haben, gegen richterliche Willkür zu sichern. Ein dritter Gesichtspunkt ist die Vereinfachung des Instanzenwesens. Das Reichsgericht müßte in Zivilprozessen entlastet werden. Viertens handelt es sich um Aenderungen im Entmündigungsprozeß. Endlich schlägt Ihnen der Entwurf im Zwangsvollstreckungsverfahren eine erhebliche Einschränkung der Zwangsvollstreckung bei bedrängter Lage des Schuldners vor. — Sie werden erkennen, daß es sich um eine Reform großen Stils nicht handelt. Nur das Notwendige haben wir geändert. Allen Neuerungsvorschlägen gegenüber haben wir Vorsicht walten lassen, da über viele große Fragen noch kein Einverständnis erzielt ist. Gehen Sie mit einer gewissen Entsagung an die Beratungen, dann werden Sie ohne große Mühe und Zeitaufand dem großen Reformwerk des Bürgerlichen Gesetzbuches das letzte Siegel aufdrücken. (Beifall.)

Abg. **Dr. Rintelen** (Zentr.): Eine gründliche Revision der Zivilprozeßordnung ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angängig, es muß aber dafür Sorge getragen werden, daß diese Revision nicht gar zu sehr auf die lange Bank geschoben wird. Als besonders wichtig erscheint mir die Heraufsetzung der Revisionssumme. Ferner muß durchaus der Mündlichkeit ein größerer Spielraum gelassen werden; es wird jetzt wieder mehr geschrieben, als früher. Ich werde für eine Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission stimmen.

Abg. **Gamp** (Rp.): Unser Rechtsleben leidet im wesentlichen darunter, daß das Juristentum zu sehr in den Vordergrund tritt; in dem vorliegenden Entwurfe hätte man auf eine Verminderung des Anwaltszwanges sehen sollen; unsere Bevölkerung ist reif genug hierzu. Namentlich in den kleinen Orten, wo gar kein Anwalt oder nur ein Anwalt niedergelassen ist, vermehrt der Anwaltszwang die Gerichtskosten ganz ungewöhnlich. Die Rechtskonsulenten sind in dem Entwurf schon etwas besser gestellt, man sollte sie aber noch viel mehr begünstigen. In der Arrestlegung sollte man vorsichtiger vorgehen als bisher üblich war. Die Revisionssumme für das Reichsgericht darf nicht erhöht werden. Gerade das Reichsgericht soll die übrige Rechtsprechung möglichst beeinflussen, sein Wirkungskreis darf deshalb nicht beschränkt werden. Eine Bestimmung, wonach die Einsetzung von Schiedsgerichten auch für die Landwirtschaft freigestellt wird, wäre sehr wünschenswert. Mit der Kommissionsberatung bin ich einverstanden, ich hoffe auf ein Zustandekommen der Vorlage.

Abg. **Dr. von Cuny** (natl.): Ich kann den Ausführungen des Vorredners sehr wenig zustimmen, nur in der Mahnung zur Entsagung hat er recht gehabt. Ich bin mit der Vorlage im großen und ganzen einverstanden, sie bildet die notwendige Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Eine Entlastung des Reichsgerichts wünsche ich auch, dieses Ziel kann aber noch anders, als mit der Heraufsetzung der Revisionssummen erreicht werden. Der Zweck der Revision ist doch die Rechtseinheit. Das Reichsgericht giebt die Richtschnur, nach der das Publikum sich zu richten hat. Aber dieser Zweck fällt fort, wenn das Reichsgericht in seinem Wirkungskreis eingeschränkt wird.

Abg. **Träger** (Freis. Volksp.): Auch ich bin nicht für eine grundstürzende Aenderung der bestehenden Verhältnisse. Mir kommt es aber vor allen Dingen auf einen Punkt an: auf die Einheit der Rechtsprechung. Aus diesem Grunde bin ich gegen eine Erhöhung der Revisionssumme, durch die für die reichen Leute ein Ausnahmerecht geschaffen wird. Der Weg zum obersten Gerichtshof darf nicht noch mehr eingeschränkt werden, als dies bisher schon der Fall war. Die Maßnahme stellt sich also als ein Akt verschärfter Klassenjustiz dar. (Bravo links.)

Abg. **v. Dziembowski-Pamiau** (Pole): Die Vorlage geht mir in manchen Punkten nicht weit genug. Der arme Mann muß noch mehr vor dem Gerichtsvollzieher geschützt werden, am wichtigsten wäre eine Revision des Gerichtskostengesetzes.

Darauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident schlägt vor, die Beratung erst am Donnerstag fortzusetzen und morgen den Zentrumsantrag (Lex Heinze) zu berathen.

Abg. **Lenzmann** (Freis. Ver.) und Abg. **von Cuny** (natl.) widersprechen.

Präsident **v. Buol** zieht darauf seinen Vorschlag zurück.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).

Schluß 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

Berlin, den 11. Januar 1898.

Der preußische Landtag ist heute in der üblichen Form im Weißen Saale eröffnet worden. Die Thronrede verlas nicht der König, sondern Fürst Hohenlohe. Sie bringt keinerlei Ueberraschungen, die Gesetz-Entwürfe, mit denen der Landtag beschäftigt werden soll, sind ja schon vorher bekannt geworden. Von besonderem Interesse ist die Art, wie das Maulkorbgesetz gegen die Privatdozenten angekündigt wird. In liebevoller Sorgfalt sagt die Thronrede folgendes: „Die Stellung der Privatdozenten an den Universitäten entbehrt zur Zeit der gleichmäßigen und zum Teil überhaupt einer ausreichenden rechtlichen Grundlage, so daß eine gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse angezeigt erscheint.“ Also nur, um die armen schutzlosen Privatdozenten nicht länger außerhalb des Rechtes stehen zu lassen, hat die Regierung sich ihrer erbarmt. Ja, aber warum wartet man denn nicht darauf, bis aus der Mitte der Rechtlosen heraus das Verlangen nach ausreichendem Schutze sich kundgiebt? Die Regierung hat bei den anderen Bevölkerungsschichten nach dieser Richtung hin es doch nie so eilig.

Wie lange haben nicht auch die Bewohner der Hochwasser-Distrikte warten müssen! Jetzt endlich verheißt die Thronrede eine „Bereitstellung weiterer öffentlicher Mittel zur Beseitigung der Verheerungen und ihrer Folgen“. Die energische Mahnung unserer Genossen im Reichstage scheint also ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Ja, die Thronrede spricht sogar noch von einer „dauernden Sicherung der betreffenden Landesteile gegen Ueberschwemmungsgefahren“ durch eine „Regulierung der in Betracht kommenden Flußläufe“. Also ist ein solcher Schutz doch möglich, und ist bisher nicht etwa wegen der nackten technischen Unausführbarkeit unterlassen worden, wie noch vor einigen Wochen ein Herr im Reichstage pathetisch erklärte, als es galt, die Regierung gegen die Sozialdemokraten in Schutz zu nehmen, die sie dringend an ihre Pflicht erinnerten. Freilich, ein Versprechen des Reichskanzlers ist noch kein Gesetz, da heißt es noch abwarten; aber unsere Genossen werden gut daran thun, das wichtige Zugeständnis sich zu merken.

Des weitern spricht die Thronrede noch von der Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschaftskasse, um diese in den Stand zu setzen, „noch mehr als bisher den Ansprüchen der sich ununterbrochen vermehrenden wirtschaftlichen Organisationen der Mittelklassen in Stadt und Land zu genügen.“

Also die Regierung giebt es immer noch nicht auf, den Mittelstand „retten“ zu wollen, und es finden sich immer noch kleingeistige Nationalökonomen, die ihr mit einer sog. Statistik zu Hilfe kommen wollen. Das Danaidenfaß soll wieder gefüllt werden, aber für Arbeiterschutz ist in Preußen nicht viel übrig.

Endlich verheißt die Thronrede noch eine Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes und eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ständiger Arbeiter und unterer Beamten. An eine allgemeine Gehaltsaufbesserung ist also nicht gedacht; es werden also nach wie vor z. B. Bahnwärter sich gezwungen sehen, einen anstrengenden Nebenverdienst zu machen, der ihnen nur wenig Ruhe gönnt und sie übermüdet den Dienst antreten läßt, was dann Nachlässigkeiten und Unfälle zur natürlichen Folge hat; das jüngste furchtbare Eisenbahnunglück bei Oberhausen — das durch einen Beamten verschuldet wurde, der bei 12stündiger Dienstzeit eine Besoldung von 2.20 M. bezieht und, um eine Familie mit 7 kleinen Kindern zu ernähren, noch nebenbei Schuhmacher war — spricht wohl deutlich genug für die Notwendigkeit einer Gehalts-Regulierung.

Sonst ist etwas Bemerkenswertes in der Thronrede nicht enthalten. Dagegen war das Aussehen des unmittelbar darauf zur letzten Sitzung zusammengetretenen Hauses sehr bezeichnend: es hatte sich nämlich die erstaunliche Anzahl von 310 Abgeordneten eingefunden, während z. B. in dem gleichzeitig eröffneten Reichstag ca. 40—50 anwesend waren. Das Phänomen erklärt sich aber einfach aus der Thatsache, daß die Herren im Abgeordnetenhause Diäten empfangen — und das verleiht doch ein ganz anderes Bewußtsein, als die bloße Verpflichtung, die Wählermassen vertreten zu müssen.

So hat denn die letzte Tagung des preußischen Abgeordnetenhauses begonnen und wird sicher ihren gewohnten Verlauf nehmen. Wird die nächste uns sozialdemokratische Abgeordnete bringen?

Die nächste Tagung findet im neuen Hause statt. Wir hoffen, daß auch ein neuer Geist in dasselbe einziehen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980113-16/fragment/page=0001

Tagesgeschichte.

Aus dem Reichstage. Das Reichsparlament hat gestern seine Sitzungen wieder begonnen. Der Präsident eröffnete die Sitzung ohne den sonst üblichen längeren Neujahrswunsch, um so ausgiebiger wünschten sich die einzelnen Abgeordneten unter sich Glück zum Jahreswechsel. Viele Abgeordnete waren freilich nicht zur Stelle und man kann es ihnen nicht einmal besonders übel nehmen, denn die Tagesordnung bot wenig Interesse. Es handelte sich um ein notwendiges Ergänzungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, eine Reform des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozeßordnung. So wichtig einzelne Bestimmungen darin für das bürgerliche Rechtsleben sein mögen, die Beratung des juristischen Formelkrams ist zu trocken, als daß der Laie irgend welches Interesse daran nehmen könnte. Der Hauptstreit drehte sich um die in der Vorlage verlangte Heraufsetzung der Revisionssumme von 1500 Mk. auf 3000 Mk. für das Reichsgericht. Man will den obersten Gerichtshof entlasten und ist deshalb auf dieses Heilmittel nach Doktor Eisenbart verfallen, nur bei Streitobjekten von 3000 Mk. an die Anrufung des Reichsgerichts zuzulassen. Die meisten Redner aus dem Hause wandten sich denn auch gegen diese Bestimmung des Entwurfs. Der freisinnige Abgeordnete Träger nannte die vorgeschlagene Erhöhung der Revisionssumme einen Akt der Klassenjustiz und unser Genosse Haase-Königsberg, der morgen seine Jungfernrede halten wird, dürfte diesen Gedanken sicherlich noch weiter ausspinnen. Morgen wird die Debatte fortgesetzt. Der erste Schwerinstag in dieser Tagung findet am Donnerstag statt. Zur Beratung kommt die vom Zentrum beantragte lex Heinze.

Auf ein halbes Dutzend Millionen mindestens wird in dem offiziösen Hamb. Korrespondenten die Nachtragsforderung an den Reichstag für Kiautschau berechnet. Zunächst dürfte die Forderung dem Reichstage noch nicht zugehen, da eine Uebersicht noch nicht möglich ist. „Was allein die Absendung einer Besatzungstruppe von mehr als 1200 Mann kostet, läßt sich ungefähr daraus berechnen, daß die Verstärkung der südwestafrikanischen Schutztruppe um 400 Mann im Jahre 1896 insgesamt 2 Millionen Mark erforderte."

Das chinesische „Evangelium" scheint dem deutschen Volke recht teuer zu stehen zu kommen.

Die Gesamtheit der deutschen Regierungen soll gegen die Jubiläumsfeier des März 1848 vorgehen! So fordern es die **Berl. Pol. Nachr.**, deren Herausgeber der bekannte, von den Großindustriellen mit 12000 Mark jährlich besoldete Schweinburg ist.

Daß den Regierungen die Erinnerung an das „tolle Jahr" nicht angenehm ist, glauben wir schon, aber vor dem „Vorgehen der Gesamtheit der Regierungen" ist uns wahrlich nicht bange.

Eine gar jämmerliche Rolle spielen die Nationalliberalen in den gegenwärtig schon überall in Angriff genommenen Wahlvorbereitungen. Selten ist so unverhüllt hervorgetreten, wie sehr diese Partei der Grundsatzlosigkeit auf dem letzten Loche pfeift. Fast täglich kommt von irgendwo die Nachricht, daß die Nationalliberalen sich mit dem Bund der Landwirte und den Konservativen über einen „gemeinschaftlichen" Kandidaten geeinigt hätten. Die politische Gemeinschaft der Nationalliberalen mit einem solchen Kandidaten, der alle „staatserhaltenden" — d. h. reaktionären Elemente um seine Person sammeln soll, besteht darin, daß sie für ihn stimmen dürfen. Und wird irgendwo wirklich ein Kompromißkandidat aus der nationalliberalen Partei genommen, dann kann man sicher sein, daß er dem agrarischen Flügel der Paasche, Heyl v. Herrnsheim u. s. w. angehört. Denn der Bund acceptiert keinen Kandidaten, der nicht unbedingte Sicherheit für die Waschechtheit seiner agrarischen Gesinnung bietet. Meistens befragt man die Nationalliberalen gar nicht; man teilt ihnen, wie es im zehnten sächsischen Wahlkreis Döbeln zugegangen ist, einfach mit, daß die Konservativen und der Bund einen Kandidaten aufgestellt haben und fordert sie auf, für ihn zu stimmen. Die National-Zeitung, die manchmal liberale Anwandlungen hat, ist über diese unwürdige Behandlung ihrer Parteigenossen sehr traurig gestimmt. Zu spät! Jetzt hilft weder Reue noch Klagen. Eine Partei, die die extremste Schutzzoll- und Liebesgabenpolitik gutgeheißen, jede Militär und Marineforderung kritiklos bewilligt hat, die sich, wie alle anderen Reaktionäre, als „staatserhaltend" und „Ordnungspartei" bezeichnet, um der Reaktion Thür und Thor zu öffnen, die verdient eben nichts anderes, als von dem Junkertum unter die Füße getreten zu werden. Und die Widerstandsunfähigkeit, welche die Nationalliberalen demgegenüber zeigen, lehrt, wie weit sie schon heruntergekommen sind. Sie leben nur noch von der Gnade der Agrarier, und diese thun wahrlich nichts, dem Gnadenbrot angenehmen Geschmack zu verleihen.

Das preußische Vereinsgesetz wird in Bromberg eigenartig ausgelegt. Es wird von dort berichtet, daß Oberlehrer Dr. Schmidt seinen Vortrag, den er zuerst vor der Abteilung Bromberg der deutschen Kolonial Gesellschaft über die Kriegsflotte und deren notwendige Verstärkung gehalten hat, in den folgenden Tagen vor den Schülern der höheren Lehranstalten, vor 600 Unteroffizieren und den Mitgliedern des Landwehr-Vereins halten wird.

Hier werden also die Unteroffiziere veranlaßt, Versammlungen zur Erörterung politischer Fragen beizuwohnen, obgleich in § 49 des Reichsmilitärgesetzes Unteroffizieren die Teilnahme an politischen Versammlungen ausdrücklich untersagt ist.

Die Heranziehung der Schüler zu solchen politischen Vorträgen nimmt sich auch sehr seltsam aus gegenüber dem bekannten Entwurfe zur Vereinsnovelle, die allen Personen unter 21 Jahren die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagen wollte, und gegen den neuen Anschlag der sächsischen Reaktionäre auf das Vereins- und Versammlungsrecht der Minderjährigen und der Frauen.

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes . . .

Ausland.

Oestreich. Der neue Kurs, der mit den offenbarsten Verfassungswidrigkeiten eingeleitet wurde, sucht noch obendrein den Arbeitern ihre spärlichen Rechte zu konfiszieren. Während die unterschiedlichen „Volkstage" der Bourgeoisparteien unbehindert tagen, werden sozialdemokratische Volksversammlungen in allen Orten verboten. Eine Versammlung in Lienz, wo Abgeordneter Resel über die politischen Zustände in Oestreich und die letzten Ereignisse im Parlamente sprechen sollte, wurde verboten; eine Volksversammlung in Bozen, wo Genosse Dr. Picel referieren sollte, wurde verboten; ein Volksversammlung in Troppau, wo Gen. Neumann über das Landtagswahlrecht in Schlesien berichten wollte, wurde verboten. „Das sind" — bemerkt die Wiener Arbeiterztg. — „keine zufälligen Erscheinungen mehr, die noch mit der landläufigen Ungeschicklichkeit der politischen Behörden erklärt werden könnten; das ist der neue Kurs, der zu der Grabesstille im Parlamente die Totenruhe in den Volksversammlungen braucht. Die Versammlung in Lienz wurde verboten, „weil bei der allgemein durch die letzten Ereignisse im Parlament hervorgerufenen Erregung, die im gegenwärtigen Moment die ganze Bevölkerung beherrscht, die Abhaltung einer Volksversammlung nur dazu beitragen würde, diese Erregung noch mehr zu steigern, wodurch die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wohl gefährdet würden." Ein treffliches Mittel, um die herrschende Erregung zu beschwichtigen, indem man dem Volke das politische Recht nimmt! Herr v. Gautsch möge auf der Hut sein. Eine Regierung, die dem Volke den Mund verschließen will, macht sich unmöglich.

England. Die innere Politik in England wird durch den Maschinenbauerstreik nicht unerheblich beeinflußt. Bei der in York bevorstehenden Nachwahl hat der Ausschuß der Sozialdemkratischen Föderation ein Manifest erlassen, worin die Arbeiter aufgefordert werden, unter keinen Umständen für Mr. Furneß, den liberalen Kandidaten, zu stimmen, und das schmachvolle Vorgehen der liberalen Partei gegeißelt wird, ein Mitglied des Fabrikanten-Bundes als Parlamentskandidaten aufzustellen. — In Plymouth, wo ebenfalls eine Nachwahl aussteht, haben die Maschinenbauer beschlossen, die Kandidatur des liberalen Kandidaten zu unterstützen, nachdem derselbe sich verpflichtet hat, im Parlament dafür zu wirken: 1. daß keine Firma einen Regierungsauftrag erhält, welche nicht ebenfalls die achtstündige Arbeitszeit hat, wie die Regierungswerkstätten, und die Gewerkschaftslöhne zahlt, und 2. daß keiner Kontrakt-Firma, welche ihre Arbeiter ausgeschlossen hat, die Vergünstigung der Streikklausel zugebilligt wird.

Sozialdemokratische Kandidaturen für die Reichstagswahl.

Von den 397 Wahlkreisen des Deutschen Reiches hat unsere Partei bereits **217** Kreise mit Kandidaten besetzt. Aber auch die anderen politischen Parteien sind an die Regelung der Kandidatenfragen gegangen, jedoch hat keine derselben eine so hohe Zahl von Kandidaten nominiert als die sozialdemokratische Partei. Am höchsten stehen die Konservativen mit **51** Kandidaten, die sich zumeist aus Mitgliedern des Bundes der Landwirte, Kartellkandidaten ꝛc. zusammensetzen; dann folgt die Freisinnige Volkspartei mit **40**, die teils gemeinsam mit der Freisinnigen Vereinigung aufgestellt sind; die letztere hat für ihre Partei **18** Wahlkreise mit Kandidaten belegt; die Antisemiten haben **29**, das Zentrum **21**, die Nationalliberalen **19**, die Reichspartei **5** Kandidaten aufgestellt.

An weiteren Kandidaturen sind noch zu nennen die National-Sozialen mit 12 Kandidaten, die Christlich-Sozialen Stöckerscher Kouleur mit 4, die Welfen mit 6, die Polen mit 3, die Rechtsparteiler (Braunschweig) mit 2, die Süddeutsche Volkspartei mit 2, die Elsässer und die Elsaß-Lothringische Volkspartei mit je 1.

Nach den einzelnen Landesteilen geordnet, ergiebt sich für die sozialdemokratische Partei folgende Aufreihung:

In der Provinz Ostpreußen wurden für sämtliche 17 Kreise sozialdemokratische Kandidaten proklamiert; sozialdemokratisch vertreten ist gegenwärtig nur die Stadt Königsberg; der bisherige Vertreter Rechtsanwalt Haase-Königsberg kandidiert wieder. In Königsberg—Fischhausen erhielt unsere Partei bei den letzten Wahlen 29,6 Prozent aller Stimmen; da die Konservativen im Kreise sich befehden, ist es möglich, daß unser Genosse Schnell-Königsberg in die Stichwahl kommt.

In Westpreußen ist die Kandidatenfrage für unsere Partei noch nicht endgiltig erledigt.

In Berlin kandidiert für unsere Partei im 5. Wahlkreise der bisherige Vertreter, für die anderen Kreise werden die Kandidaten erst aufgestellt werden.

Die Mark Brandenburg umfaßt 20 Wahlkreise; mit Ausnahme des Kreises Königsberg i. N. hat unsere Partei überall die Kandidaten ernannt. Niederbarnim, Westhavelland und Teltow-Beeskow sind gegenwärtig sozialdemokratisch vertreten. Sehr günstig für unsere Partei liegen die Stimmverhältnisse in Oberbarnim; dort kandidieren Konservative, Nationalliberale und Bündler den Prof. Bauli-Eberswalde gegen unseren Genossen Bruns. Sehr günstig steht's auch mit Potsdam Osthavelland, das im gegenwärtigen Reichstage durch den bekannten Pastor Schall vertreten wird. Für unsere Partei kandidiert daselbst Genosse Schröder-Spandau.

In den für uns aussichtsvollen Kreisen Frankfurt Lebus, Sorau Forst und Kottbus-Spremberg ist überhaupt noch kein gegnerischer Kandidat, in Zauch-Luckenwalde ist als Gegner bisher nur der Konservative Kropatscheck aufgestellt.

In Pommern sind bis jetzt erst 4 sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt; und zwar in Ueckermünde, Randow-Greifenhagen (aussichtsvoll), Stettin (bereits sozialdemokratisch vertreten) und Rügen-Stralsund. Es sind also seitens unserer Partei noch für 10 Wahlkreise Kandidaten aufzustellen.

In der Provinz Posen kandidiert bis jetzt nur in einem Kreise, und zwar in Gostyn-Rabitsch, ein Sozialdemokrat.

Schlesien hat von allen 35 Kreisen nur zwei nicht sozialdemokratisch besetzt; es sind dies Löwenberg und Rothenburg-Hoyerswerda. Vier Kreise sind bisher durch Sozialdemokraten im Reichstage vertreten. In Breslau-Land kandidiert Genosse Schütz gegen den Grafen Limburg-Stirum; derselbe dürfte sich jedoch schwerlich gegen unsern Kandidaten behaupten, und wird auch dieser Kreis, der jetzt noch durch Limburg-Stirum im Reichstag vertreten wird, gleich Breslau-Ost und West (Tutzauer und Schönlank) schließlich sozialistisch vertreten sein.

Von den 20 Kreisen der Provinz Sachsen sind mit sozialdemokratischen Kandidaten noch zu besetzen die Kreise Salzwedel, Gardelegen, Osterburg-Stendal und Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Von den bürgerlichen Kandidaturen ist die des Pastors Kötzschke in Sangerhausen von den Nationalsozialen zu erwähnen. In Magdeburg und Mühlhausen stehen sich bereits 5, in Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück sogar sieben Kandidaten gegenüber. Ein Angehöriger der bürgerlichen Parteien kandidiert in zehn Kreisen, während im Wahlkreise Gardelegen noch keine Partei einen Kandidaten nominiert hat.

In Schleswig-Holstein hat unsere Partei für den 5., 7., 8., 9. und 10. Kreis Kandidaten aufgestellt; 5 Kreise sind noch zu besetzen.

In Hannover sind 7 Kreise bis jetzt mit sozialdemokratischen Kandidaturen besetzt worden. In 7 Kreisen haben auch die anderen Parteien noch keinen Kandidaten aufgestellt.

Von den 17 Kreisen Westfalens hat unsere Partei die Wahlkreise: Bielefeld, Altena-Iserlohn, Hagen, Bochum, Dortmund und Hamm Soest mit Kandidaten besetzt. Bemerkenswert ist, daß in dem Wahlkreise Eugen Richters, Hagen, in dem von unserer Seite Timm aus Berlin kandidiert, sich bereits 5 Kandidaten gegenüberstehen. U. a. giebt auch, damit die lustige Sette nicht fehlt, Ahlwardt für die Dauer der Wahlzeit ein Gastspiel.

In Hessen hat unsere Partei ihre Kandidaten in sämtlichen Wahlkreisen nominiert.

Die Rheinprovinz mit ihren 35 Wahlkreisen hat bis jetzt erst 9 sozialdemokratische Kandidaturen zu verzeichnen und zwar in: Mayen, Wetzlar, Solingen, Köln-Stadt, Köln Land, Berg-

---

Die Kinder des Millionärs.

Roman von Kristofer Janson.

Autorisierte Uebersetzung von Ernst Brausewetter.

10 [Nachdruck verboten.]

„Für die Musik zu wirken, war ja auch mein Lieblingstraum, Herr Plummer," erwiderte Agnes. „Aber wie sollte ich das anfangen, unbekannt, wie ich mit Personen und Verhältnissen war. Was hätte es mir genützt, wenn ich annonciert hätte: Miß Agnes Pryts erteilt Musikunterricht."

„Nein, ganz gewiß, aber darum gerade sollen Sie heute abend spielen. Sie werden auf einmal mit einem ganzen Teil der wohlhabendsten Leute aus der Stadt bekannt; es wird eine reine Modesache werden, bei Ihnen Stunden zu nehmen; Sie können so viel Schüler bekommen, als Sie wollen?"

Es wallte in Agnes auf. Vielleicht stand sie hier an einem Wendepunkte ihres Lebens; es galt nur einen raschen Griff.

„Ich sehe, Sie willigen ein," sagte Frank froh. „Nur frischen Mut und Sie sollen sehen, es geht. Vater und Mutter werden Ihnen helfen, das weiß ich. Wollen Sie so lange in Fanny's Toilettenzimmer hinaufgehen, so werde ich mir das Vergnügen nehmen, Sie später zu holen."

Agnes war ganz verwirrt und ihr Herz klopfte gewaltsam, als sie die Treppe emporeilte und in Fanny's Zimmer hinein. Sie warf sich auf das Bett und brach in Thränen aus. Sie dachte an ihre arme abgearbeitete Mutter, die sich auf ihre alten Tage so schwer plagen mußte. Vielleicht konnte auch für sie eine Zeit der Ruhe kommen. Dann entsann sie sich, daß die Zeit knapp war, ihre Augen durften nicht rot sein. Sie stand auf, ordnete ihr Kleid, tauchte ein Handtuch in kaltes Wasser und hielt es über die Augen, steckte eine Rose, die Frank von der Tafel genommen hatte, in ihr Haar, und dann war sie fertig.

Sie mußte selbst lächelnd einräumen, als sie da vor dem Spiegel stand, daß sie ganz hübsch war. —

Agnes stand lauschend da, ob Frank die Treppe heraufkam und überlegte, welche Lieder sie wählen sollte.

Währenddessen war Frank wieder in den Gesellschaftssaal geeilt und kam gerade zu dem Elokutionsvortrag.

Mr. Plummer's Elokutionistin gehörte zu dem rührenden Genre. Sie trug ein Gedicht von einem Schiffsuntergang vor. Sie blinzelte mit den Augen und hielt die Hand wie verschattend vor und spähte wie der Seekapitän nach Rettung, bohrte aber dabei ihre Blicke so fest in die Herrn Plummer's hinein, der zufälligerweise auf dieser Seite saß, daß er ganz ängstlich auf sein Plätthemde herabblickte, ob er vielleicht Tabaksauce daraufgespuckt hätte. Sie beugte sich und neigte sich, als die Wogen wuchsen, schlug mit den Armen aus und schrie, als das Heulen des Sturmes zunahm. Sie formte ihre Hände zu einem Sprachrohr, als der Kapitän seine Worte in das Unwetter hinaussandte, so daß die im Publikum zunächst Sitzenden unwillkürlich ein wenig zurückrückten und dem Schiffe mehr Platz einräumten, sich darauf zu tummeln. Und es tummelte sich. Die Elokutionistin arbeitete getreulich für die fünfzig Dollars, welche sie für den Abend bekommen sollte. Aber dann wurde das Schiff glücklicherweise leck und begann zu sinken. Die Leute auf dem Lande sahen es, aber konnten nicht Rettung bringen, sie sanken nur auf die Kniee und sangen: „Jesus meine Zuversicht!" und nun begann es wirklich zu tönen, schwach und gedämpft, von weichen Mollakkorden begleitet, ein Psalmengesang — zwei Mithelfer von ihr führten dieses Kunststück des Effektes halber aus, während sie auf den Knieen lag und die Hände rang. Jeder Laut auf dem Schiffe war verstummt, denn die Mannschaft war zu Grunde gegangen; aber durch das Brausen des Sturmes erklang der Laut einer menschlichen Stimme. Einer war noch übrig, ein Matrose, der auf den höchsten Mast hinaufgeklettert war und nun mit einem Taschentuch wehte und mit demselben Psalm antwortete: „Jesus meine Zuversicht!" Gott sei gelobt! Einer hatte es doch gehört und wandte doch sein Herz dem Himmel zu, einer war doch wenigstens erlöst. Und die Elokutionistin wurde kleiner und kleiner, denn das Schiff sank tiefer und tiefer; dann ging es plötzlich um die Runde. — Der Gentleman, welcher das Hoch auf Frankreich ausgebracht hatte, fuhr unwillkürlich von seinem Stuhle auf; denn er erwartete, die Elokutionistin würde hinplumpsen und gerade in seinen Schoß taumeln; aber diesmal begnügte sie sich, sich platt auf den Boden zu legen und dann nach einer Pause sich langsam zu erheben und die Grabrede über das Schiff zu halten.

Die Komödie war zu Ende, ein starker Applaus ertönte und die Elokutionistin zog sich verneigend und lächelnd zurück, wischte sich den Schweiß von ihrem Gesichte und griff nach ihrem Fächer.

Plummer war förmlich gerührt.

„Das war, hol' mich der Teufel, großartig," sagte er zu seinem Nachbar, „und so hübsch — das mit dem Psalm — die Religion ist doch immer das Beste, was wir haben — tüchtige Künstler, diese Bostoner!" Und er klingelte in gewohnter Weise mit dem Gelde in seiner Tasche.

Die Gesellschaft zerstreute sich wieder und machte flüsternd und zischelnd ihre kritischen Bemerkungen über das Gehörte.

„Par dieu!*) was man in diesen amerikanischen Gesellschaften nicht alles verdauen muß," sagte ein Franzose zu einem andern — „das war schrecklich — geradezu schrecklich!"

„Das ist Yankee-Geschmack," erwiderte ein anderer, „ungefähr wie diese hier," und er zeigte voll Verachtung auf die großen Oeldruckbilder an der Wand.

Eine kleine Weile später ersuchte der Herr, welcher die große Rede gehalten hatte und der ein wenig den Leiter der Abendunterhaltung spielte, die Gesellschaft um etwas Aufmerksamkeit, da eine junge Dame aus dem Lande der Mitternachtssonne einige der wilden und seltsamen Melodien ihrer Heimat vortragen wolle.

Es trat augenblicklich Stille ein, das war ja etwas ganz Neues, von wo hatte Mrs. Plummer die Idee herbekommen? Aller Blicke richteten sich nach der Thür, als der Sohn des Hauses hereintrat und Agnes an der Hand führte. Frank hatte einen hübschen schwanendaunenverbrämten Fächer an einer feinen Goldkette um ihre Taille geschlungen, so daß er kokett auf der einen Seite herabhing, und sie hatte einige rote Rosen vorn im Busen angesteckt, im übrigen aber war sie in ihrem einfachen weißen Kleide. Schüchtern und ängstlich schritt sie zum Piano hin und schlug einige Akkorde an.

„Wer ist das, woher kenne ich doch das Gesicht? Die habe ich schon früher gesehen," ertönte es ringsum.

„Wo haben Sie das niedliche Mädchen aufgefischt, Mrs. Plummer?" flüsterte jemand der Frau des Hauses ins Ohr.

Aber Mrs. Plummer war vor Erstaunen ganz sprachlos. Das war ja Agnes — ihr eigenes Dienstmädchen, die jeden Morgen naß und unappetitlich am Waschzuber stand. Nein, das war doch zu frech von Frank, wollte er sie blamieren?

Agnes aber spielte. Anfangs ein wenig zitternd und unsicher, aber dann spielte sie sich ein.

(Fortsetzung folgt.)

*) „Bei Gott!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980113-16/fragment/page=0002

heim-Euskirchen, Bonn, Mühlheim und Aachen-Stadt. 24 Kreise sind noch mit Kandidaten zu besetzen.

In dem preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen ist noch keine Kandidatur aufgestellt worden. (Schluß folgt.)

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Vom sächsischen Versammlungsrecht. Als in einer antisemitischen Versammlung im Städtchen Stolpen bei Dresden der sozialistische Kandidat des dortigen 18. Reichstags-Wahlkreises in der Debatte den Reichstags-Abgeordneten Lotze (jetzigen Vertreter des Kreises) und Zimmermann entgegentrat, wurde ihm vom überwachenden Bürgermeister das Wort entzogen, weil er eine Kandidatenrede halte. Dieser Wortentziehungsgrund ist jedenfalls originell. Uebrigens gilt dieser Bürgermeister als ausgesprochen antisemitischer Parteigänger!

Parteinachrichten.

— Einen eigenartigen Verlauf nahm eine am Sonnabend seitens der Nationalsozialen einberufene Versammlung in Gotha, in der Pfarrer Naumann seine Kandidatenrede hielt, da er bekanntlich für den Wahlkreis Jena-Neustadt kandidiert. Unsere Genossen waren sehr zahlreich erschienen und es fiel ihnen dadurch die Leitung der Versammlung zu. Sie brachten schließlich eine Resolution des Inhalts ein:

Unter prinzipieller Ablehnung des nationalsozialen Wahlprogramms verpflichtet sich die Versammlung mit allen Kräften für das sozialdemokratische einzutreten.

Das hat sich Herr Naumann wohl nicht träumen lassen, daß in einer nationalsozialen Versammlung eine sozialdemokratische Resolution zur Annahme gelangt.

Arbeiterbewegung.

Belgien. In den Kohlenbergwerken von Drocourt ist ein Ausstand der Bergarbeiter ausgebrochen, der an Ausdehnung zunimmt. Montag früh legten 300 Bergarbeiter die Arbeit nieder.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 12. Januar 1898.

* **Da hört doch alles auf!** In der geschlossenen Sitzung der Stadtverordneten wurde am Montage eine Geldbewilligung ausgesprochen, die in den weitesten Kreisen unserer Bürgerschaft das lebhafteste Befremden hervorrufen wird. Als vor zwei Jahren hier eine Eisenbahndirektion errichtet wurde, ging unsere Stadt die Verpflichtung ein, bis zur Errichtung eines besonderen Direktionsgebäudes einen jährlichen Mietsbeitrag bis zu **10 000** M. zu zahlen. Der Beitrag sollte höchstens zwölf Jahre gezahlt werden. Seitens des Magistrats wird diese unbegreifliche, um nicht zu sagen unerhörte Verwendung städtischer Mittel mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen gesucht, daß sich auch andere Städte um die Hinverlegung der Direktion beworben hätten und es nur der Zusicherung des Mietbeitrags zu danken sei, daß Halle bevorzugt worden ist. Wir bestreiten diese Motivierung im vollen Umfange. Es ist möglich, daß sich noch andere Städte beworben haben; es ist aber undenkbar, daß eine andre Stadt hätte bevorzugt werden können, denn keine andre Stadt eignet sich als Knotenpunkt des Bahnsystems so wie Halle. Und wäre es denn so schlimm gewesen, wenn die Bahndirektion nicht hierher verlegt worden wäre? Glaubt man vielleicht im Rathause, die Versetzung von einigen hundert Beamten falle für das Erwerbsleben einer Stadt wie Halle irgendwie nennenswert in Betracht? Jedenfalls ist der geringe Nutzen durch das unbegreifliche Zugeständnis der Beitragszahlung gleich von vornherein mehr als aufgewogen worden. Die Sache ist aber noch schlimmer geworden durch einen am Montag mit allerdings nur geringer Mehrheit gefaßten Beschluß. Die Bahndirektion will nämlich nunmehr ein eigenes Gebäude bauen. Das ist sehr erklärlich, weil ein so verzweigter Verwaltungsapparat in Mieträumen überhaupt auf die Dauer nicht untergebracht werden kann, denn es giebt eben keine hierzu geeigneten Mieträume. Die Bahn muß umgehend ein eignes Gebäude errichten lassen, und Halle hätte den Vorteil gehabt, daß sie nicht die volle auf das Blankoaccept gezeichnete Summe von 120 000 M. hätte einzulösen brauchen. Teuer genug wäre ihr das Experiment stadträtlicher Fürsorge ohnehin gekommen. Statt also die günstige Gelegenheit zu benutzen und einen begangenen Fehler nach Möglichkeit wieder gut zu machen, hat der Magistrat beantragt, der Bahndirektion außer den Jahresquoten von je 10 000 Mark bis 1901, bis wohin das Gebäude fertig sein soll, noch eine Abfindungssumme von **30 000** Mark zu zahlen, das Exempel stellt sich dann folgendermaßen: Von 1895 bis 1901 sind fast sieben volle Jahresquoten zu zahlen, macht 70 000 M., und dann bekommt die Bahn auch noch 30 000 M., macht zusammen **100 000** Mark. Wir bezeichnen dieses Zugeständnis einfach als unerhört. Man bedenke: Zunächst wird bewilligt ein jährlicher Höchstbetrag von 10 000 Mark auf die Höchstdauer von zwölf Jahren; es wird also ein Höchstrisiko von 120 000 Mark eingegangen. Jeder Geschäftsmann kalkuliert nun so, daß das Effektiv-Risiko kaum zwei Drittel des Höchstrisikos ausmachen wird, daß also im vorliegenden Falle weder der jährliche Höchstbeitrag von 10 000 M. gefordert, noch daß die Beitragspflicht auf alle zwölf Jahre ausgedehnt werden wird, so daß statt der riskierten 12 mal 10 000 Mark in Wirklichkeit vielleicht nur 8 = 80 000 M. aufzuwenden sein werden. So muß auch die Stadt bei Eingehen der an sich schon unbegreiflichen Verpflichtung kalkuliert haben. Dann würde das gesamte finanzielle Engagement etwa 65 000 bis 75 000 M. betragen, und das wären für den zu erreichenden Zweck genau 65 000—75 000 M. zu viel gewesen. Statt dessen gehen Stadtverordnete und Magistrat eine neue Verpflichtung ein und freuen sich, just wie weiland Hans im Glücke, daß sie ihr Blanco-Accept nicht bis auf den letzten Pfennig einzulösen brauchen. Für ein derartiges Umspringen mit den städtischen Geldmitteln fehlt uns im Augenblicke eine parlamentarische Bezeichnung. Und noch eins: Die in Schulden bis über die Ohren sitzende Stadtgemeinde Halle, der manchmal lumpige paar hundert Mark fehlen zu sanitären oder Wohlfahrts-Einrichtungen, schenkt 100 000 M. weg an den Bahnfiskus, der jährlich Hunderte von Millionen Reingewinn einstreicht. Wahrlich: Man hat sich in unserer Stadt schon an manches gewöhnen müssen, eine derartige finanzielle Operation übersteigt aber doch alles bisher Dagewesene. Und noch eine Frage: Ist bei Abschließung des Uebereinkommens im Jahre 1895 schon der jetzt zur Entscheidung gebrachte Fall mit in stille Erwägung gezogen worden? Die Stadtverordneten werden wohl Gelegenheit finden, dem Magistrat betreffs dieser Frage auf den Zahn zu fühlen. Die Wählerschaft, welche in ihrer Mehrheit für die Kandidaten der Bezirksvereine gestimmt, bekommt schon jetzt eine Quittung ausgestellt, die sie hoffentlich lange im Gedächtnis behält.

* **Die genügsamen „Liberalen".** Unter Voranstellung des Ortsnamens Zörbig berichtet die Saale-Zeitung über eine von seiten der Liberalen im genannten Orte einberufene Versammlung und läßt es dabei auch an den erheiternd wirkenden Seitenhieben auf unsere Partei nicht fehlen. Herr Kammergerichtsrat Dr. Müller-Berlin, der freisinnige Kandidat für den Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch, stellte sich den Wählern in einer kurzen Ansprache vor und Herr Rektor Kopsch Berlin gab sich dann alle Mühe, in phrasenreicher effekthaschender Rede die Wähler für den seiner Obhut anvertrauten Herrn Müller zu gewinnen. Er mochte sich dabei als Hahn im Korbe gefühlt haben; um so größer war sein Aerger, als unser Genosse Krüger in zweimaliger Entgegnung, soweit dies in einer freisinnig-beschränkten Redezeit möglich, an der Hand wirtschaftlicher Thatsachen und Zahlen die unter einer glanzvollen politischen Außenseite sich verbergende wirtschaftliche Hohlheit des Freisinns den zahlreich anwesenden Arbeitern, Kleinhandwerkern ꝛc. vor Augen führte. Mit welchem Erfolge dies geschah, mag daraus ersehen werden, daß von den verschiedensten Seiten aus der Versammlung sich eine starke Opposition geltend machte, als Herr Rektor Kopsch es versuchte, in einem Schlußwort sein stark abgeblaßtes Ansehen wieder zu renovieren. Kindlicher noch als es in jenem bekannten Ausdruck: „Ich werde es meinem großen Bruder sagen!" geschehen kann, schimpfte er, er werde es dem Genossen Auer erzählen, daß hier die Freisinnigen so unzart behandelt würden. Das wird den Herren in nächster Zeit wohl öfter so gehen! Obwohl nun Genosse Krüger die freisinnigen Herren darauf angenagelt hatte, daß sie wohl gegen eine Erhöhung der das arme Volk so sehr belastenden indirekten Steuern gesprochen, von ihnen eine Beseitigung der jetzt bestehenden indirekten Steuern aber nicht zu erwarten sei, daß sie wohl über die Hasenjagd sprechen könnten, von der Jagd des Arbeiters nach dem täglichen Brot aber keine Ahnung hätten und daß die von Herrn Rektor Kopsch geschmähten Drohnen in der menschlichen Gesellschaft eine notwendige Folge des im heutigen Staate in vollster Geltung befindlichen freisinnigen wirtschaftlichen Prinzips des freien Spiels der Kräfte sind und obwohl Herr Rektor Kopsch dazu greifen mußte, die dem Boden des Freisinns entsproßten und nun auch den Arbeitern nicht mehr fremden Konsumvereine als roten Lappen vor den Versammlungsbesuchern aus dem Mittelstande zu schwenken, glaubt die Saale-Zeitung — vielleicht glaubt sie es auch nicht — daß „die Versammlung zweifellos der liberalen Sache in hervorragendem Maße genützt hat". Manche Leute sind eben leicht zu befriedigen.

* **Das Verbot des Arbeiter-Sängerfestes,** das vorigen Sommer in Schkeuditz abgehalten werden sollte, hat Anlaß gegeben zu einer Beschwerde bei der Regierung in Merseburg. Die Beschwerde ist zurückgewiesen worden, weil sie nicht innerhalb der vierzehntägigen Einspruchsfrist eingereicht und erst am 31. Juli statt spätestens am 28. Juli eingelaufen sei. Außerdem, so heißt es in dem vom Grafen v. Stolberg unterschriebenen Bescheide, sei die Beschwerde auch sachlich unbegründet, wie „durch eingehende Prüfung festgestellt" worden sei. Zunächst sei zweifellos, daß das Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes für die Provinz Sachsen und Anhalt als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel im Sinne des § 9 des Vereins-Gesetzes angesehen werden müsse, da jedermann gegen Erlegung eines Eintrittsgeldes Zutritt zu dem Feste haben sollte. „Ebenso," so heißt es dann wörtlich, „war die Befürchtung, daß aus der Abhaltung der Versammlung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung entstehe, gerechtfertigt, insbesondere in Hinblick auf den aufreizenden Inhalt gewisser einzelner Liedertexte und auf die große Zahl der Sänger und der entsprechend zu erwartenden großen Menge von sonstigen Festteilnehmern und Zuhörern." Bemerkt sei zu dieser „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung", daß auf demselben Festplatze unter noch wesentlich stärkerer Beteiligung, als beim Sängerfeste zu erwarten gewesen wäre, ein patriotisches Turnerfest abgehalten worden ist. Die Sicherheit und Ordnung wurde dabei nur durch eine Ansammlung von Affen und Katern gestört.

Zuletzt macht Graf v. Stolberg in seinem die Beschwerde zurückweisenden Bescheide noch darauf aufmerksam, daß an dem Feste u. a. auch die Gesangsabteilung des halleschen Arbeiter-Bildungsvereins sich beteiligen wollte. Da nun dieser Verein für politisch erklärt worden sei, wäre die Teilnahme von Frauen und Kindern an der „Versammlung unter freiem Himmel" unzulässig gewesen. Da befindet sich der Regierungspräsident in einem Irrtume. Durch gerichtliches Urteil ist seiner Zeit festgestellt worden, daß der hallesche Arbeiter-Bildungsverein kein politischer Verein ist, und die hiesige Polizei hat das stets anerkannt.

Es ist ja nicht zum erstenmal und wird auch nicht zum letztenmal sein, daß „durch eingehende Prüfung" den Arbeitervereinen die Abhaltung eines harmlosen Vergnügens unmöglich gemacht wird. Einen praktischen Erfolg hat bekanntlich die „eingehende Prüfung" insofern nicht gehabt, als das verbotene Sängerfest ungehindert in Dessau stattfinden konnte, wo weder aus den aufreizenden Liedertexten noch aus der Beteiligung von Frauen und Kindern, noch aus dem Zusammentreffen „politischer Vereine" Gefahr für die Ruhe und Ordnung erwachsen ist. Aber die Arbeiter erkennen doch, was mit Hilfe „eingehender Prüfung" aus dem Vereinsgesetz gemacht werden kann, und sie werden daraus erneut die Notwendigkeit erkennen, daß dieses Ueberbleibsel aus der urreaktionären nachmärzlichen Zeit von 1850 beseitigt werden muß. Fort mit ihm!

* **Durch die Explosion einer Petroleumlampe** wurde am Montag abend die Frau des Bureaugehilfen Kuhnt in ihrer Wohnung, Sommergasse 12, schwer [illegible] am ganzen Körper verbrannt. Sie wurde sofort in die Klinik [illegible] gebracht, woselbst sie Dienstag abend unter gräßlichen Schmerzen [illegible] starb.

[illegible]onservativen [illegible]

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Als zweite Gastrolle singt Herr Ferd. Minner am Donnerstag den Radames in der Verdischen Oper „Aida". Da diese Oper nur in Rücksicht auf das Gastspiel nochmals aufgeführt wird, so sei auf diese Aufführung auch in Bezug auf die glänzende neue Ausstattung, die ausdrücklich für diese Oper angeschafft worden ist, besonders hingewiesen. Die Vorstellung findet im Farbenabonnement statt.

* **Aus dem Bureau des Thaliatheaters.** Auf allgemeines Verlangen wird am Donnerstag das Volksstück „Jägerblut", welches am Sonntag so ungeteilten Beifall erzielte, wiederholt werden. Auf die brillante Leistung des Herrn Terofal in der Rolle des Dorfbaders Zangerl wollen wir dabei noch besonders aufmerksam machen. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Giebichenstein. Gemeinderatswahl. Laut Bekanntmachung des Gemeinde-Vorstehers liegt die Wählerliste für die diesjährigen Ergänzungswahlen zur Gemeinde-Vertretung vom **15.** bis **30. d. Mts.** werktäglich vormittags von 8 bis 1 Uhr im Zimmer 4 des Amtshauses zur Einsicht aus. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste sind während derselben Zeit bei dem Gemeinde-Vorsteher Rudloff anzubringen. Das Wahlrecht zu den im März stattfindenden Gemeinderatswahlen steht jedem **selbständigen** Gemeindeangehörigen zu, welcher:

1. Angehöriger des Deutschen Reichs ist,
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt,
3. seit einem Jahre in Giebichenstein seinen Wohnsitz hat,
4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt,
5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben gezahlt hat und außerdem
6. entweder
   a) ein Wohnhaus in Giebichenstein besitzt, oder
   b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks Giebichenstein belegenen Grundbesitze einen Jahresbetrag von mindestens drei Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder
   c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark in Gemäßheit der §§ 8 und 13 der Landgemeinde-Ordnung herangezogen wird.

Steht ein Wohnhaus im (geteilten oder ungeteilten) Miteigentum mehrerer, so kann das Gemeinderecht (Wahlrecht) auf Grund dieses Besitzes nur von einem derselben ausgeübt werden.

Als **selbständig** wird nach vollendetem 24. Lebensjahre ein jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungsrecht über die Verwaltung seines Vermögens durch richterlichen Beschluß entzogen ist.

Zeitz. In der gestrigen Notiz betreffs der verlorenen Sammelliste für den Reichstagswahlfonds, ist versehentlich die Nummer weggelassen. Sie ist **345.** Es wird gebeten, dieselbe bei einer etwaigen Begegnung anzuhalten und an H. Biorin, Ritterstraße 8, einzusenden.

Zeitz. Flüchtig geworden ist seit Sonnabend abend der Kassierer der Metallarbeiter-Krankenkasse, Göbel. An den Geldern der Kasse fehlen etwa 200 M. Die Verfolgung ist eingeleitet.

Zörbig. Am vergangenen Sonntag hielt hier die Freisinnige Volkspartei eine öffentliche Volks-Versammlung ab, in der sich ihr Kandidat, Kammergerichtsrat Dr. Müller aus Berlin, den Besuchern vorstellte. Ihm war der Abgeordnete Rektor Kopsch beigegeben, der die eigentliche Kandidatenrede hielt. [illegible] viel von Mittelstandsrettung, von Wahrung der Volks[illegible], von Bekämpfung der Agrarier u. s. w., jedoch herzlich wenig von der Lösung der sozialen Frage und wie der großen Masse des Proletariats zu helfen sei. Genosse Krüger aus Halle trat [illegible] gegen und wahrte den Standpunkt der sozial-demokrati[illegible] recht glücklich. In echt freisinniger Manier hatten die Versammlungsleiter bloß 10 Minuten Redezeit für die Diskussionsredner bestimmt. Unsere Genossen hatten sich sehr zahlreich eingefunden, sind aber durch Kopsch's Ausführungen nicht im mindesten davon überzeugt worden, daß die Freisinnigen eine die Interessen der Arbeiter verfechtende Partei seien. Das bewies auch der reiche Beifall, den Genosse Krüger nach seinen Entgegnungen erhielt. An die hiesigen Genossen aber ergeht die Aufforderung, durch energisches einmütiges Zusammenhalten dafür zu sorgen, daß wir in Zörbig auch ein Lokal für uns zu einer Versammlung erhalten, damit es möglich ist, auch in Zörbig einmal öffentlich die Forderungen und Ziele unserer Partei klarzulegen.

Hohenossig bei Delitzsch. In einer Sandgrube wurde durch einen Fleischergesellen die Leiche eines ungefähr 30jährigen Mannes gefunden. Es scheint Selbstmord vorzuliegen, da sich an den rechten Schläfen eine Wunde befindet, die jedenfalls von einer Revolverkugel herrührt. Der Revolver mit 4 scharfen Patronen, ein Portemonnaie mit 10 M. Inhalt, sowie verschiedene Kleinigkeiten lagen neben der Leiche. Eine Rekognoszierung konnte bis jetzt noch nicht erfolgen.

Sangerhausen. Die Hauptausführung des Baues der Eisenbahnstrecke Sangerhausen-Frankenhausen ist nunmehr vollendet. Zum Frühjahr werden die Schienen gelegt und dürfte am 1. Mai dieses Jahres diese Linie dem Verkehr überwiesen werden.

Naumburg. Ein interessanter Prozeß steht hier in Aussicht. Die Staatsanwaltschaft hat, wie erzählt wird, gegen den Oberbürgermeister Kraatz Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Beleidigungen sollen enthalten sein in der Kraatzschen Verteidigungsschrift. Mehrere andere der in der Kraatzschen Schrift erwähnten Rechtsanwälte u. s. w. treten als Nebenkläger gegen Kr. auf. Auch das Domkapitel will sich in einer Schrift gegen Herrn Kraatz wenden. Die Besitzerin des Kreisblattes, Frau Sieling, lehnte zwar den Druck der Broschüre ab, als sie erfuhr, daß dieselbe sich gegen Kraatz wende, doch wird die liebevolle Rücksichtnahme am Ende doch nicht verhindern, daß Herr Kraatz sich bemühen wird, die amtlichen Anzeigen seinem Freunde Hirschfelder und dem konservativ-liberal-freisinnigen Blatte desselben zuzuführen. Undank ist eben der Welt Lohn.

Artern. Durch einen dummen Witz ist der Nachtwächter Hentig aus Neusitz ums Leben gekommen. In der Sylvesternacht hatten junge Burschen dem Nachtwächter in einer Kneipe in dem Augenblick, als er sich setzen wollte, den Stuhl weggezogen, so daß er zu Boden stürzte und eine Verletzung des Schenkelhalses erlitt, die seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte, woselbst er am Freitag unter großen Schmerzen verstarb.

Nebra. In dem Gräfl. Schulenburgschen Steinbruch waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, einen bereits niedergegangenen Felsen auseinander zu arbeiten, als sich plötzlich ein großer Teil desselben loslöste, und einige Meter tief abwärts rollte, die betreffenden Arbeiter mit sich fortreißend. Hierbei geriet der Polier Schlaf sen. von hier zwischen das Geröll, wodurch ihm erhebliche Verletzungen an Kopf, Gesicht und Händen zugefügt wurden, die sofortige ärztliche Hilfe nötig machten. Die übrigen [illegible] blieben glücklicherweise unverletzt.

Wernigerode. Der Bürgermeister Lucas [illegible] tung wir am Montag berichteten hat 2700 M. [illegible] er als General-Bevollmächtigter für eini[illegible] verwaltete, für sich verbraucht. — Der [illegible] back von hier erhielt vom Schwurge[illegible] gehens im Amte 6 Wochen Gefän[illegible] kommt aus der Aufregung üb[illegible] von Thron und Altar" fa[illegible]

Suhl. In dem Dor[illegible] von seinem Wagen [illegible] Kinder betrauern [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621898011З-16/fragment/page=0003

Erfurt. Sechs treffen, sieben äffen! Die Wähler des Kreises Erfurt-Schleusingen haben das Vergnügen, sieben Kandidaten bei der Reichstagswahl zur Auswahl zu haben. So haben die Nationalsozialen bereits den Pastor Naumann, die Freisinnigen den jetzigen Reichstags-Abgeordneten für Varel (Oldenburg), Rechtsanwalt Träger, und die Antisemiten den Kaufmann Kurzhals aus Suhl aufgestellt. Die Nationalliberalen wollen den früheren Minister v. Lucius als ihren Kandidaten nominieren. Das Zentrum stellt, wie gewöhnlich, einen Zähl-Kandidaten auf. Die Konservativen halten an der Kandidatur des bisherigen Vertreters des Kreises, des Schneidermeisters Jakobskötter, fest, während von unserer Partei Genosse Heinrich Schulz, Redakteur in Erfurt, als Kandidat proklamiert ist. Hoffentlich gelingt es unserem Kandidaten, alle sechs aus dem Felde zu schlagen. Soweit es sich übersehen läßt, stehen die Aktien in Erfurt-Stadt, sowie besonders im Schleusinger Kreis (Thüringer Wald), woselbst in fast allen Ortschaften der Kandidat bereits Versammlungen abgehalten hat, sehr günstig, so daß der Kreis Erfurt bei einigem Eifer der hiesigen Genossen in der nächsten Wahl unser werden muß, trotzdem uns die mündliche Agitation im Erfurter Landkreis durch das „geistige" Mittel der Saalabtreiberei fast ganz unmöglich gemacht wird.

Erfurt. Ein Einbrecher drang in der Nacht zum Montag bei dem Mühlenbesitzer Reinholz ein, erbrach das Pult in der Wohnstube und stahl 300 M. Bargeld, sowie ein Sparkassenbuch im Betrage von 1200 M.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, 11. Januar.

Um Meineid handelte es sich in heutiger Schwurgerichtssitzung. Als Angeklagter wurde aus der Untersuchungshaft vorführt der 36jährige Privatmann Franz Reichert von hier, geb. in Oelsnitz in Anhalt, verheiratet und Vater von 3 Kindern. Der Angeklagte will früher ein Vermögen von 30000 M. gehabt haben, hat sich in letzter Zeit als Agent ernährt und soll am 5. Juli v. J. vor dem hiesigen Amtsgericht in einer Zivilprozeßsache der Frau Agent Gärtner gegen die Firma Meyer u. Söhne unter Berufung auf den am 24. Mai d. J. in derselben Sache geleisteten Eid ein wissentlich falsches Zeugnis abgegeben haben. Der Angeklagte hatte in Gemeinschaft mit dem Agent Oskar Gärtner im Jahre 1896 in Raguhn ein größeres Gut gekauft, woran sich auch Gärtners Frau, die Vermögen gehabt haben soll, beteiligte. Reichert wurde als alleiniger Eigentümer des Gutes eingetragen und verwaltete das Gut hier von Halle. Die Verwaltung des Gutes war nichts Angenehmes, denn es waren viel Schulden vorhanden; Reichert schien nicht viel von der Landwirtschaft zu verstehen, und Gärtner, der Landwirt und Agent, befand sich zur Zeit der Ernte im Gefängnis, wo er wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott 1 Jahr zu verbüßen hatte. Diese Strafe hat er sich in Naumburg vor dem Schwurgericht geholt, als sein Mitangeklagter, Mühlenpächter Dübel, wegen betrügerischem Bankrott unter Anklage stand. Im Monat August 1896 wurde aber Gärtner, der im Monat Juni verurteilt war, auf Urlaub entlassen. Reichert, der schon einen höheren Betrag auf das Gut eingezahlt hatte, verlangte nun von Gärtner einen Zuschuß. G. erklärte aber, wie der Angeklagte heute behauptete, daß er hätte in Naumburg wegen seiner Freilassung eine Kaution von 30000 M. hinterlegen müssen. Die beiden Gutsinhaber beschlossen, ihr Eigentum zu verkaufen und fanden auch im November 1896 einen Käufer in dem Landwirt Mohr. Der Kaufpreis betrug 120000 M., 94000 M. Hypotheken waren auf dem Grundstücke; es waren sonach 26000 M. zu zahlen. Der Käufer übernahm noch 5500 M. Schulden und gab den beiden Verkäufern Anweisungen über Geldbeträge von 20500 M., die bei dem Bankier Lehmann hier zu heben waren. Gärtner bekam 11750 Mk. und sollte von diesem Betrage mehrere Schulden decken. Reichert erhielt 8750 Mk.; er behauptet nun heute, Gärtner habe keine Schulden bezahlt, sondern habe das Geld unterschlagen und den Gläubigern des eingeschriebenen gewesenen Gutseigentümers Reichert mitgeteilt, letzterer habe die 26000 Mk. vom Käufer des Gutes erhalten; an diesen müßten die Gläubiger sich halten, wenn sie zu ihrem Rechte gelangen wollten. Nachdem sei Gärtner in das Deliziöser Gefängnis gegangen. Aus diesen Vorgängen entwickelte sich dann ein Interventionsprozeß der Frau Gärtner gegen die Firma Meyer u. Söhne, weil diese Forderungen an Reichert und Gärtner hatte. Meyer u. Söhne legten Beschlag auf eine außenstehende Forderung und Frau Gärtner intervenierte. In diesem am 24. Mai und 5. Juli stattgehabten Prozesse wurde Reichert als Zeuge vernommen, der dann beschwor, Gärtner habe den in Frage kommenden Betrag bis zu einer gewissen Zeit nicht unterschrieben und G. habe nur 4000 Mk. in das Geschäft hineingesteckt, während Gärtners das Gegenteil bekundeten mit der Behauptung, sie hätten zirka 10000 Mk. in das Geschäft gesteckt.

Der Angeklagte blieb heute bei seiner damaligen Aussage und behauptete, er habe unter dem Eide die Wahrheit gesagt. Er sei damals der Meinung gewesen, der Vertrag sei nicht unterschrieben, Gärtners hätten im höchsten Falle 5000 M. in das Geschäft gesteckt; sie waren verpflichtet, zur Hälfte am ev. Gewinne oder Verlust des Geschäfts teilzunehmen. Er, Angeklagter, sei der Geschädigte bei der ganzen Sache und habe die größte Verantwortung gehabt, da er als alleiniger Eigentümer eingetragen war. Er habe mit Gärtner einen Societätsvertrag abschließen wollen, wogegen sich aber die Polizei wegen Gärtners Vorstrafen gewandt habe. Die Beweisaufnahme gestattete sich sehr umfangreich, denn es waren wohl 28 Zeugen geladen. Amtsgerichtsrat Roth, der damals den Interventionsprozeß geführt hatte, sagte sehr günstig für den Angeklagten aus und meinte, er sei damals als Zeuge bei der Vernehmung vorsätzlig bemüht gewesen, die Wahrheit zu sagen. Der Hauptbelastungszeuge Gärtner machte bei seiner Vernehmung keinen guten Eindruck und mußte als Zeuge bekennen, daß er schon öfter vorbestraft ist, so mit einem Jahr Gefängnis wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott, und wegen Betrugs mit 8 Monaten. Er hatte gegen den Angeklagten, mit dem er lange Zeit zusammen gearbeitet hatte, auch die heutige Anzeige wegen Meineides erstattet. Gärtner hat viele Güter ge- und verkauft und auch schon zweimal in solchen Angelegenheiten Offenbarungseide geleistet. Nach Gärtners Vernehmung konnte man den Ausgang der Verhandlung schon voraussehen; jedoch zog sich die Verhandlung bis nach 6 Uhr abends hin. Der Staatsanwalt meinte, nach der stattgehabten Beweisaufnahme sein Schuldig beantragen zu können und der Sprach der Geschworenen konnte dann auch nicht anders als auf Freisprechung lauten. Der Gerichtshof erkannte demgemäß und beschloß, den Angeklagten, der seit dem 20. Dezember in Haft sitzt, sofort zu entlassen; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Der Verhandlung wohnten sehr viele Interessenten bei, so daß der Zuhörerraum bis abends dicht gefüllt war.

Quittung.

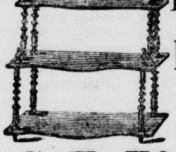
Für die englischen Maschinenbauer:

Von Brüsewitz 50 Pf.	Gr.
Von einem Maurer durch Hinze 1 M.	Gr.
Schlosser und Dreher (3. Rate) 60 M.	Raue.
Fabrikarbeiter, Liste 104 7.60 M.	Raue.

Briefkasten der Redaktion.

Genosse Angermann beschwert sich in einem dem Berichte über die letzte Zimmererversammlung beigelegten Schreiben über die Verkürzung seiner Berichte, verlangt deren wörtliche Wiedergabe und droht, er werde sich an die Preßkommission wenden, wenn seinem Wunsche nicht Rechnung getragen werde. Wir werden Genossen Angermann dazu Gelegenheit geben, denn auch sein neuer Bericht wird nicht unverkürzt Aufnahme finden. Es mag aber doch endlich einmal die Gelegenheit benutzt werden, auf den großen Irrtum hinzuweisen, in dem sich einige Verfasser der Versammlungsberichte befinden, wenn sie meinen, es bereite der Redaktion Spaß, die Berichte zu kortigieren. Es kann keinem übel genommen werden, wenn er keinen fehlerfreien Bericht zu liefern im stande ist, und gern macht die Redaktion unter Anerkennung der Mühe, die sich der Einsender gegeben hat, die Berichte druckfertig. Aber aus der Thatsache, daß der eine oder der andere Genosse keinen druckfertigen Bericht zu liefern vermag, darf er doch nicht die Berechtigung ableiten wollen, die unverkürzte Aufnahme zu verlangen. Viel eher hätte die Redaktion das Recht, an einige Gewerkschaften heranzutreten und diese zu ersuchen, andere Schriftführer zu wählen, damit der Redaktion die Arbeit nicht überflüssig erschwert wird. Genosse Angermann spricht aber in seinem Schreiben auch aus, seine Berichte würden mehr gekürzt, als z. B. die der zentralorganisierten Zimmerer. Wir bezeichnen einen solchen Vorwurf rund und glatt als Ungezogenheit zu der niemand das Recht hat. Wenn gerade die Berichte des Genossen Angermann wesentlich gekürzt werden müssen, so rührt das daher, weil kein anderer Berichterstatter so wie er fast ausschließlich persönliche Angelegenheiten in seinen Berichten wiedergiebt. Und in solchem Falle Streichungen vorzunehmen, ist die Redaktion durch Parteibeschluß verpflichtet. Man suche deshalb die Ursache von Differenzen nicht auf der Seite, die keine Schuld trägt. Am liebsten sind der Redaktion solche Berichte, die sie ungekürzt in Druck geben kann.

Für die Redaktion verantwortlich: A. Weißmann in Halle



Bücher-Etageren
von 1 Mark an.
Noten- und Aktenständer.
Eck-Etageren.
Paneele.
C. F. Ritter, Halle a. S.
Leipzigerstraße 90.

Inventur-Ausverkauf.

Die Restbestände nur neuer Damen-Konfektion kommen jetzt zu folgenden Preisen zum Verkauf:

Jacketts,	bisher 4—8 Mk.,	jetzt 2—4 Mk.	Capes,	bisher 8—20 Mk.,	jetzt 4—10 Mk.
„	bisher 10—16 Mk.,	„ 5—9 „	Frauenmäntel,	bisher 25—30 Mk.,	„ 12—18 „
„	bisher 20—40 Mk.,	„ 10—15 „	Regenmäntel,	bisher 8—20 Mk.,	„ 5—12 „
Radmäntel,	bisher 7—50 Mk.,	„ 5—20 „	Konfirmandenjacketts u. Kragen sehr billig.		

Kinderkleider, Blusen, Schürzen, Hemden für die Hälfte des Wertes.

Ich bitte die Auslagen zu besichtigen!
Streng reelle Bedienung.

M. Schneider,
Leipzigerstrasse 94,
Part., I. u. II. Et.

Sozialdemokrat. Verein
für Halle und den Saalkreis.
Donnerstag den 13. Januar abends 8½ Uhr im kleinen Saale des Glauchaischen Schützenhauses
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Unterstützungsverein bei A. L. G. Dehne.
Sonnabend den 15. Januar abends 9 Uhr im „Englischen Hof"
General-Versammlung.
D. V.

Ortskrankenkasse für das Steinsetzergewerk
zu Halle a. S.
Den Mitgliedern von Giebichenstein, Trotha und Kröllwitz zur Nachricht, daß sich vom 1. Januar ab eine Ausgabestelle für Krankenscheine bei dem Mitglied Otto Koch, Giebichenstein, Kl. Breitenstraße 3, befindet.

Arbeiter-Bildungs-Verein
für Halle und Umgegend.
Der Buchführungs-Kursus beginnt Freitag den 14. Januar d. J. abends Punkt 9 Uhr. Diejenigen, die daran teilnehmen wollen, mögen sich Karlstraße 14 im „Konzerthaus" einfinden.
Sonntag den 16. Januar
Besuch der Automaten-Ausstellung
Große Ulrichstraße.
Treffpunkt 11 Uhr vormittags bei Streicher, Kleine Ulrichstraße 36.
Abteilung. Männer-Gesang: Freitag abends 9—10½ Uhr. — Jugend-Abteilung: Dienstag und Freitag abends 8½—10½ Uhr.

Donnerstag
Schlachte-Fest.
Robert Stittrich,
Albrechtstraße 22.

Freitag
Schlachte-Fest.
Reinicke's Restaur.
Merseburgerstr. 102.

Schmidts Restaurant zur Albrechtsburg
Albrechtstraße 24.
Sonntag den 16. Januar d. J.
Narren- und Familienabend
des musikalischen Dilettanten-Zirkels.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Donnerstag den 13. Januar 1898
abends 7¼ Uhr
116. Vorst. 90. Abonn.-Vorst.
Farbe rot.
Gastspiel des Herrn Ferd. Winner vom Hoftheater in Darmstadt.
Aida.
Große Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Freitag den 14. Januar 1898.
Abends 7¼ Uhr.
117. Vorst. 27. Vorst. außer. Abonn.
Faust.
Eine Tragödie von Goethe. (2. Abend.)

Thalia-Theater.
Geiststraße 42a.
Donnerstag den 13. Januar 1898
Anfang 8 Uhr.
Auf allgemeines Verlangen.
Jägerblut.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Benno Rauchenegger.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Huber.
Die drei Gargany's, Gigeri-Akrobaten. — Brothers Auburtin, Bravour-Equilibristen an der getragenen Bambusstange. — Sisters Alice und Clara Taylor, equilibristische Kunst-Schützinnen. — Mr. Fr. Ritvins mit seinen Affen als „akrobatischen Burlesk-Komödianten". — Das Tom-Jack-Trio, musikalisch exzentrische Fantasien. — Mr. François, Verkehrt-Schnellzeichner. — Die Baronessen Helene und Alexandra Odillon, Wiener-Gesangs-Duettistinnen. — Les Romanos, internationale Verwandlungs-Gesangs- u. Tanz-Gesellschaft. — Herr Max Walder, Original-Gesangs-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Unterbricht gegen 11 Uhr.

I. Athletenklub Halle
von 1890.
Unser Vereinslokal befindet sich nicht mehr Friedrichstraße 5, sondern
Alte Promenade 16,
Reinisch Restaurant z. „alten Promenade.
Jeden Mittwoch und Sonnabend von 9 Uhr an Uebungsabend.
Der Vorstand. Fr. Franke.

Achtung!
Den Mitgliedern des Konsum-Vereins für Giebichenstein und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß mir eine Verkaufsstelle f. Wurst u. Fleischwaren übertragen worden ist. Bitte um geneigten Zuspruch.
Achtungsvoll
C. Ecke, Fleischermstr.
Schleifweg 7.

Mittwoch
Schlachte-Fest.
Fr. Dieling,
Germarstr. 7. Ecke Forsterstr.

Nur echt
aus meiner Fabrik ist jedes Brot, welches meinen Namenszug Nebelung trägt.
Erste Hallesche Brot-Fabrik,
Laurentiusstraße 18.

Klaviere werden gut repar. u. rein gestimmt v. Laue, Taubenstr. 15

Ein Sohn achtbarer Eltern v. Lande wünscht zu Ostern die Schlosserei zu erlernen. Zu erfr. Schlosserstr. 14, 1 Tr.

Ein Mädchen von 18—20 Jahren zum 1. Februar gesucht. Zu erfragen Breitestraße 3 im Restaurant.

Möbelfabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter Möbel- und Volkswaren der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

C. Hammer
42 Leipzigerstr. 42.
Spezialität:
Regulateure.
1 Meter lang, 10 M.
Reparaturen:
Federeinlegen 1 M., Glas Zeiger, Uhring à 10 Pf.
Versand geg. Nachnahme.

Sämtl. Parteischriften
empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

2 schöne möbl. Schlafstellen sofort zu vermieten Kl. Klausstraße 7, I.

Grauer Ueberzieher in der Königstr. verl. Geg. Bel. abzg. Lessingstr. 9, II.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser kleiner Arthur nach schwerem Leiden plötzlich gestorben ist.
Zeitz den 9. Januar 1898.
Otto Böhme u. Frau.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres kleinen Ernst sagen allen hierdurch herzlichen Dank.
Zeitz. Reinhold Kötzsch u. Frau.

Verantwortlich: A. Groß. — Druck der Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980113-16/fragment/page=0004